Peter Blickle

Kommunalismus und Republikanismus in Oberdeutschland

Von den Wallisern heißt es 1619, sie „vermeinend, ein fry Volk zu sein, als in einer fryen Republic“¹. 1651 gibt die Landeshauptstadt Sitten in einem Schreiben an die Regierung eine inhaltliche Präzisierung des Walliser Republikverständnisses: sie – die Regierung nämlich – habe „alle substantialische dem lieben Vaterland bedenkliche, für uns, unsere Nachkommen consequentische Articul“ dem Land bekanntzumachen, „damit Rat und Gemeinden ihren Gesandten und Ratsboten ihr Gutbedenken darüber geben“² können. Die *Republik* im Wallis baut sich aus den *Gemeinden* her auf, von den „communitates“, wie die mehrheitlich lateinischen Rechtsquellen des Landes sagen. Damit sind die leitenden Begriffe der folgenden Überlegungen benannt – *Kommunalismus* und *Republikanismus*.

Über die Begriffsgeschichte von Republik besitzt man durch die jüngste Materialpräsentation von Wolfgang Mager³ einen guten Überblick. Eine eher stichwortartige Zusammenstellung mag daher genügen, um den Rahmen, in dem im folgenden argumentiert werden soll, hinreichend abzustechen. Die klassische Verfassungstypologie Monarchie, Aristokratie und Politie erfährt im hoch- und spätmittelalterlichen Oberitalien vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen Fürstenherrschaft und Stadtkommunen eine duale Verfremdung: „regimen regale“ als unumschränkte Herrschaft und „regimen politicum“ als gesetzlich beschränkte werden einander gegenübergestellt, aber erst Ptolemäus von Lucca gibt dem „regimen politicum“ seine zukunftsweisende Bedeutung, wenn es sich nach ihm durch das „dominium plurium“ definiert. Diese Herrschaft der Vielen nennen umgangssprachliche Wendungen der Zeit „stato franco“ oder Regierung „a commune“. Wenn schließlich Ptolemäus „res

¹ Der Text im Zusammenhang lautet: „Die Herren Landlüt vermeinend, ein fry Volk zu sein, als in einer fryen Republic, und Democratischen Regiment dafür sy bisher gehalten worden. Dasselb von den Altvordren (die Gott begnadet hat) ererbt, welche es mit ihrem Schweiß und Blut erobert und durch ihr Dapferkeit sich in die Fryheit gestellt, von den Herren und usländischem Gwalt errettet wie die acta und Cronigen das bezeugent, des Vorhabens die jetzlebenden auch sind und dasselbig mit ihr Mannheit und ußerstem Vermögen zu erhalten ganz geneigt und mit unverzagtem Gemüet resolvirt und bedacht sind.“ *W. A. Liebeskind*, Das Referendum der Landschaft Wallis (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien 33, Leipzig 1928) II.

² Ebd., 45.

³ *W. Mager*, Artikel Republik, in: *O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck* (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache*, 5. Bd. (Stuttgart 1984) 549–651, bes. 582–586.

publica“ im freistaatlichen Sinn als Gattungsbegriff verwendet, kann man wohl mit Recht vermuten, daß dies „dem Wortgebrauch in den bürgerchaftlich regierten Kommunen seiner Zeit entsprach“⁴. Spätestens um 1400 ist der Republik-Begriff als Abgrenzungs- und Gegenbegriff zu Fürstenherrschaft und Monarchie voll ausgebildet und geht als „repubblica“, „république“ und „Freistaat“ in die italienische, französische und deutsche Sprache ein und verdrängt damit zunehmend den Sinn von Republik als „Gemeinwesen“. In der „Serenissima Repubblica“ von Venedig wird für die den absoluten Monarchien ausgelieferten Europäer die Republik modellhaft abgebildet.

Verdrängt wird damit aber nicht nur die Bedeutungsvariante Gemeinwesen, sondern auch die Bedeutungsvariante „universitas“. Bis ins 15. Jahrhundert hinein nämlich verwenden vornehmlich die Juristen Republik im körperschaftlichen Sinn. Das bedeutet, daß Personenverbände, die rechtlich, wirtschaftlich und sozial Einheiten darstellen und vom Mitgliederwechsel in ihrer Substanz nicht betroffen werden, republikanische Qualität erreichen⁵: Zünfte und Gilden, Eidgenossenschaften und Dorfschaften beispielsweise. Offensichtlich gibt es auch in der Begriffsgeschichte Verbindungen zwischen Freistaaten und verschiedenen Formen von „universitates“ oder „communitates“, wie sie auch heißen, zwischen Republik und Gemeinde.

Von Gemeinde ist der Begriff „Kommunalismus“ abgeleitet⁶. Er versucht der Tatsache Rechnung zu tragen, daß etwa von 1300 bis 1800, vom Ende des Mittelalters bis zum Beginn der Moderne, die Gemeinde – neben der Familie – für 95% der Gesellschaft den primären sozialen Lebensbezug darstellt. In der Erscheinungsform der

⁴ Ebd., 583.

⁵ Ebd., 559, verweist auf eine Definition von W. Krawietz (Artikel Körperschaft, in: J. Ritter, K. Gründer (Hrsg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, 4. Bd. (Darmstadt 1976) Sp. 1102), die hier im vollen Wortlaut zitiert werden soll, zumal sie für den Vergleich mit dem Kommunalismusbegriff nützlich ist: Körperschaft – universitas bezeichnet „den menschlichen, zumindest ansatzweise mit einer arbeitsteiligen Organisation ausgestatteten, eine mehr oder weniger selbständige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Einheit darstellenden Personalverband, der zur gemeinschaftlichen Verfolgung überindividueller, aber auch durch die individuellen Interessen und Zwecke der Mitglieder mitbestimmter Anliegen dient, jedoch in seiner jeweiligen Identität von einem Mitgliederwechsel, d. h. dem Ein- und Austritt einzelner Mitglieder, unberührt bleibt, weil die Rechte und Pflichten der Körperschaft als solcher von denen der Mitglieder streng unterschieden werden“.

⁶ Erstmals entwickelt in meiner Studie: *Deutsche Untertanen. Ein Widerspruch* (München 1981). Für weitere Überlegungen hinsichtlich der im Kommunalismus geltenden Normen sei verwiesen auf meine Arbeit: *Gemeindereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil* (München 1985, ²1987) 165–204. – Adolf Gasser hat mich freundlicherweise darauf hingewiesen, daß er den Begriff in einer Publikation von 1943 bereits verwendet hat, die wegen des Auslieferungsverbots in Deutschland kaum bekannt wurde. Vgl. A. Gasser, *Gemeinderefreiheit als Rettung Europas* (Aarau 1943) [eine 2. Auflage erschien 1947]. Gasser entwickelt den Begriff räumlich von der Schweiz her, sachlich von der Freiheit und einer mit ihr verknüpften Ethik, ich eher aus dem deutschen Raum und aufgrund funktionaler Zusammenhänge im bäuerlichen Alltag. Immerhin mag die unabhängig voneinander entwickelte Wortform auch für das Vorhandensein der Sache eine Stütze sein. – Die perspektivische Weite des Problems ist neuerdings beleuchtet bei R. Koch, *Staat oder Gemeinde? Zu einem politischen Zielkonflikt in der bürgerlichen Bewegung des 19. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983) 73–103.

Städte und Dörfer (und verwandter Gebilde) konkretisiert sich gemeindliches Leben. Was heißt das?

Von den organisatorischen Bauprinzipien her ist Stadt und Dorf gemeinsam, daß es hier wie dort Gemeindeversammlungen gibt, hier wie dort ein Verwaltungsgremium unter dem Namen Rat, Zwölfer, Sechser oder Vierer, hier wie dort ein Gericht und hier wie dort als Schultheiß, Bürgermeister oder Ammann benannte Gemeindevorsteher. Zwar werden alle Ämter mit Gemeindemitgliedern besetzt, die Zuständigkeit dieser Organe und ihre Bestellung können jedoch sehr unterschiedlich gestaltet sein. Von Kommunalismus spreche ich dann und nur dann, wenn die Zuständigkeiten der Organe in der Gemeinde weit gezogen sind und deren Bestellung überwiegend durch die Gemeinde selbst erfolgt, wo sie – anders gewendet – einen hohen Grad von politischer Autonomie erreicht hat.

Was konkret gemeint ist, läßt sich etwas deutlicher zeigen, wenn man den Prozeß der Kommunalisierung der Gesellschaft betrachtet. Plakativ läßt sich dieser Vorgang als Auflösung der hochmittelalterlichen Villikationsverbände beschreiben. Im Hochmittelalter arbeitet der Unfreie auf den Gütern seines Herrn und wird von ihm gepflegt, behaust, vertreten und beschützt – im Prinzip. Soweit er eigenständig Land bewirtschaftet, fällt es bei seinem Tod an seinen Herrn heim, wie auch seine Fahrhabe, falls er sich eine solche während seines Lebens hat erwerben können. „Eigenschaft“ ist der dafür weitverbreitete Ausdruck. Mit der Lösung der Landwirtschaft und des Handwerks von der adeligen oder klösterlichen Eigenwirtschaft, der Ausgrenzung existenzfähiger Höfe und Gewerbebetriebe geschieht etwas sehr Wesentliches: an die Stelle von Freiheit und Unfreiheit als Kriterien sozialer Differenzierung treten Tätigkeitsmerkmale, der Bauer und der Bürger verdrängt – auch terminologisch – den servus. Was den Bauern und Bürger vom hochmittelalterlichen Unfreien zuallererst unterscheidet, ist seine Möglichkeit und Fähigkeit, seine Arbeit selbst organisieren und über die Erträge seiner Arbeit relativ frei verfügen zu können. Wohl nicht zufällig verklumpen sich nach der allmählichen Auflösung der Fronhöfe die locker gestreuten Einzelhöfe und Weiler zu Dörfern und Städten. Das bringt spezifische Arten des Wirtschaftens hervor: etwa die individuell-kollektive Nutzung der Flur, die kollektive der Allmende. Insofern sich der Grundherr um die Organisation der Wirtschaft nicht mehr kümmert, wird Nachbarschaft als gemeinsame Arbeit eine gelebte Erfahrung.

Es sind diese nur andeutungsweise beschriebene Komplizierung wirtschaftlicher Ordnungen und die Verdichtung sozialer Beziehungen, die neue Reglementierungen erfordern: Normen für das Zusammenleben mußten erstellt, Organe für die Einhaltung dieser Normen mußten geschaffen werden, Institutionen zur Klärung der Verletzung solcher Normen mußten ausgebildet werden. Wo sich die Stadt und das Dorf vom Fronhof und vom Domhof abkoppeln können, wo der Adel und der Klerus sich aus der Wirtschaft zurückziehen und damit auch als Ordnungsfaktoren geschwächt werden, gibt den Rahmen für solche Reglementierungen zunehmend die Gemeinde, ihr Rat, ihr Gericht und ihr Gemeindevorsteher ab. Erst der Absolutismus, besser gesagt die „gute Polizei“, kehrt diese Entwicklung um und schränkt die kommunalen Autonomieräume wieder ein.

Meine These hält auf dem Tenor: *Der Kommunalismus als Lebensform zeigt eine hohe Affinität zur Republik als Staatsform.* – Daraus ergibt sich: je höher der Kommunalismus in einer Region entwickelt ist, desto wahrscheinlicher wird sich in dieser Region eine Republik herausbilden. (Wäre dem so, dann würde sich – nebenbei gesagt – Kommunalismus als ein brauchbarer Gegenbegriff zu Feudalismus anbieten.) Zur Orchestrierung des Themas bediene ich mich einiger vergleichsweise wahllos herausgegriffener Beispiele.

Der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Kommunalismus und Republikanismus sei zunächst am *Hochstift Sitten*, dem Wallis, wie es auch heißt, erörtert. Seit dem frühen 14. Jahrhundert tritt in der Regel bei der Bischofswahl ein „consilium terrae Vallesii“ zusammen. Hier liegen die Anfänge einer politischen Vertretung der Walliser Bevölkerung, die im 17. Jahrhundert ihren Abschluß findet, als das consilium terrae, der jetzt sogenannte Landrat, faktisch die Regierung übernimmt⁷. Die Etappen dieses Prozesses seien in der gebotenen Kürze zur besseren Verständlichkeit der strukturellen Wandlungen beschrieben.

1428 wird ein Mandat gegen Hexen vom consilium generale erlassen, das einerseits vom Bischof durch seinen „balliuis Vallesii“ beschickt wird, andererseits „per patriotas Vallesii cum communitatibus tam Alamanorum quam etiam Romanorum cum plena potestate desenorum patrie Vallesii“⁸. Communitates, Gemeinden, und desena, Zenden, wie sie in der deutschen Sprache heißen, beschicken also den Landrat. Die in ihm vertretenen „nuncii et procuratores omnium communitatum et desenorum“⁹ erlassen 1435 mit dem bischöflichen Vertreter eine Gerichtsverfassung. 1446 zwingt eine Ver-

⁷ Einen ersten orientierenden Überblick gibt der Artikel Wallis von J. Eggs im Historisch-biographischen Lexikon der Schweiz, 7. Bd. (Neuenburg 1934) bes. 382–393. – Für einen kurzen Abriss der Anfänge des Landrats vgl. auch *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 8 f. – Zur Einordnung in größere Zusammenhänge vgl. H. C. Peyer, Verfassungsgeschichte der alten Schweiz (Zürich 1978) 70 f.

⁸ Wegen der außerhalb der Schweiz schwer zugänglichen Quellen sei hier und im folgenden die Begrifflichkeit etwas breiter dokumentiert. Die Präambel des Hexenmandats lautet im vollen Text: „Nos Thomas Venech balliuis Vallesii pro reuerendissimo in Christo patre et domino domino Andrea archiepiscopo Collocensi et administratore ecclesie Sedunensis comiteque et prefecto Vallesii notum harum serie facimus vniuersis et singulis presentes litteras inspecturis ac etiam auditoris, quod in presenti congregatione et consilio generali tento et habito apud Leucam presenti die per patriotas Vallesii cum communitatibus tam Alamanorum quam etiam Romanorum cum plena potestate desenorum patrie Vallesii et specialiter et maxime ab aqua Morgie Contegii superius ab vtraque parte Rodani venerunt pro bono statu commodo et honore Ecclesie Sedunensis et totius patrie Vallesii et multis arduis negotiis et necessitatibus feliciter ordinandis et singularum personarum et maxime inter alia plura negotia et necessaria in dicto presenti consilio ordinata et conclusa per patriotas fuit ordinatum et conclusum in ipso consilio presenti per ipsos patriotas et nuntios communitatum tam nobiles quam etiam alios probos homines et nuntios predictos super facto artis sortilegii ne eorum maleficia remaneant impugna, prout infra sequitur.“ Ediert bei A. Heusler (Hrsg.), Schweizerische Rechtsquellen. Rechtsquellen des Cantons Wallis, in: Zeitschrift für Schweizerisches Recht 29 (1888) 133–300; 30 (1889) 163–333 und 31 (1890) 117–269; hier Nr. 15. [Wegen der möglichen Vereinfachung der Zitierweise werden die von Heusler edierten Stücke mit Nummern angegeben.]

⁹ Ebd., Nr. 16.

sammlung von 2000 bewaffneten Bauern den Bischof auf einer außerordentlichen Landratssitzung, ein ihm von den Wallisern diktiertes Landrecht¹⁰ zu publizieren¹¹, dessen Stoßrichtung gegen die bischöfliche Herrschaft schon darin zum Ausdruck kommt, daß dessen Nachfolger im Amt sich weigerte, es zu bestätigen, was freilich seine Anwendung auf lokaler Ebene nicht verhindern konnte¹². Gesichert ist seitdem jedenfalls die regelmäßige Beteiligung von Gemeinde- und Zendenvertretern bei allen Rechtskodifikationen¹³, ja gelegentlich scheinen die Boten der Gemeinden und Zenden auch Mandate, Ordnungen und Gesetze ohne den Bischof, seinen Vertreter oder das Domkapitel erlassen zu haben¹⁴.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Verabschiedung eines sogenannten „Landfriedens“ 1517. Bemerkenswert an seinem Zustandekommen ist, daß nach Ausweis der Präambel offensichtlich die wehrfähige Mannschaft „gewaltiglich mit allen bannern die sibben zenden“ in die Bischofsstadt Sitten gezogen war und durch „rath und gemeinden der landschaft Wallis“ eine umfassende Rechtskodifikation vornahm. Sie sollte dem älteren, formal außer Kraft gesetzten Landrecht von 1446 wieder Geltung verschaffen, darüber hinaus aber die bisherigen zivil- und strafrechtlichen Normen ergänzen und – was hervorzuheben ist – dem Land eine neue verfassungsmäßige Grundlage geben¹⁵. Letzteres kommt in der Bestimmung zum Ausdruck, daß das Domkapitel ohne die Landschaft keinen Bischof mehr wählen und der Landbrief künftigen Kandidaten für das Bischofsamt als Wahlkapitulation dienen sollte¹⁶. Der Text, an dessen Abfassung weder bischöfliche Vertreter noch das Domkapitel beteiligt waren, erhielt Rechtskraft dadurch, daß sich alle künftigen Bischöfe darauf verpflichten ließen¹⁷.

Den Abschluß fand der Prozeß der Verlagerung politischer Kompetenzen vom Bischof auf den Landrat zwischen 1571 und 1634. 1571 nämlich wurde die Stellung des

¹⁰ Das ergibt sich aus der Aussage von Kardinal Schiner, gedruckt bei *D. Imesch* (Hrsg.), *Die Walliser Landrats-Abschiede seit dem Jahre 1500*, 1. Bd. (1500–1519) (Brig 1916) 381.

¹¹ Es handelt sich um die sog. „Artikel von Naters“ vom 28. I. 1446. Druck bei *Heusler*, *Rechtsquellen* (wie Anm. 8), Nr. 18. Die politischen Hintergründe erörtert *L. Carlen*, *Das Landrecht des Kardinals Schiner. Seine Stellung im Walliser Recht* (Arbeiten aus dem juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz 14, Freiburg/Schweiz 1955) 3 ff.

¹² *Carlen*, *Landrecht* (wie Anm. 11), 3.

¹³ Die Nachweise ebd., passim.

¹⁴ Das gilt etwa für die Landsatzung vom 19. IV. 1496, die folgende Präambel hat: „Nos communitates omnium desenorum patrie Vallesii in vnum in prato fori ciuitatis Sedunensis congregatae pro reformatione et statu reipublice ac commodi patrie vnanimiter ordinauimus et fecimus statuta et ordinationes que sequuntur, quas perpetue in futurum volumus inuiolabiliter obseruari iuramentis nostris manibus eleuatis prestitis.“ Druck bei *Heusler*, *Rechtsquellen* (wie Anm. 8), Nr. 21. – Aufmerksamkeit verdient die hier wohl erstmalige Verwendung des Begriffs „Republik“, wobei freilich das Wort wohl im Sinne von Gemeinwesen gebraucht wird.

¹⁵ *Imesch*, *Landrats-Abschiede* (wie Anm. 10), 378–383 Nr. 108. – Ein Inhaltsreferat bietet *Carlen*, *Landrecht* (wie Anm. 11), 19–22.

¹⁶ „Item, wan ein herr zue Sitten abstirbt, hat das ehrwürdig capitel mit sambt der landschaft vollmächtigen gewalt, ein andren herren zue erwählen.“ *Imesch*, *Landrats-Abschiede* (wie Anm. 10), 380.

¹⁷ Den Nachweis führte *Carlen*, *Landrecht* (wie Anm. 11), 23 f.

Landrats durch das revidierte und erneuerte Landrecht in der Weise gestärkt, daß er fortan nicht nur als Spitze der politischen Verwaltung, sondern auch als oberste Gerichtsstanz im Lande fungierte, von dem es keine weitere Appellationsmöglichkeit an den Bischof mehr gab¹⁸. In der Logik dieser Entwicklung anerkannte der Bischof 1634 die faktischen Verhältnisse. Der Landeshauptmann rückte an seine Stelle¹⁹, was zeichenhaft darin zum Ausdruck kommt, daß er künftig den Landrat einberief und die Gemeinden und Zenden seit 1634 auch den Bischöfen nicht mehr huldigten²⁰. Aus einem Hochstift des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation war eine Republik geworden²¹.

Iniwiefem, so ist in einem zweiten Anlauf zu fragen, setzt die Republik Wallis die behauptete Existenz von Gemeinden voraus? Die Antwort muß über eine Kompetenz- und Organisationsbeschreibung des Landrats, der Zenden und der Gemeinden erfolgen.

Der *Landrat*²² erarbeitete die großen Rechtskodifikationen vom Zivilrecht über das Strafrecht bis zum Gerichtsverfassungsrecht, und der Landrat verfügte die Maßnahmen, die die deutsche Sprache seit dem 15. Jahrhundert mit „Polizei“ umschreibt. Bleibt also noch über Zusammensetzung und Arbeitsweise zu sprechen. Einberufen wurde er bis ins frühe 17. Jahrhundert durch den Bischof; teilnahmeberechtigt waren der Landeshauptmann als sein Vertreter, das politisch völlig unbedeutende Domkapitel und Vertreter der Zenden und Gemeinden. Sie treten als nuntii, Ratsboten und Gesandte in Erscheinung, und in dieser Bezeichnung kommt klar zum Ausdruck, daß sie ein imperatives Mandat hatten. Was durch Instruktionen der Mandatäre nicht gesichert war, konnte nicht beschlossen, sondern nur verhandelt werden. Entsprechend wurden mit den Einladungen (Tagbriefe) die Tagesordnungen verschickt, und die Ergebnisse der Landratsverhandlungen (Abschiede) mußten die Landräte „hinter sich bringen“, „ad referendum“ wie die Bezeichnung seit dem späteren 17. Jahrhundert heißt. Erst die Zustimmung der Korporationen, die die Räte delegierten, verlieh einem Abschied Rechtskraft²³. Das erklärt Wendungen in den Quellen, die von „Räten

¹⁸ Ebd., 49.

¹⁹ *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 42.

²⁰ *L. Carlen*, Die Landsgemeinde von Goms, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 15 (1973) 17–24, hier 21.

²¹ Die komplizierten Beziehungen zum Reich beschreibt *G. Ghika*, *L'indépendance du Valais à l'égard du Saint-Empire*, in: *Annales valaisannes* 23 (1948) 389–448.

²² Das Folgende nach dem bei *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), ausbreiteten Quellenmaterial. Die interpretatorischen Folgerungen, die Liebeskind aus den Quellen zieht, wird man nur bedingt teilen müssen. – Den landtagsähnlichen Charakter der Landratssitzungen betont Liebeskind erst später (zum Teil in Widerspruch zu früheren Arbeiten). Vgl. *W. A. Liebeskind*, Landesherr und Landschaft im alten Wallis, in: *ders.*, *Institutions politiques et traditions nationales* (Genf 1973) 157–164.

²³ Das Verfahren fand auch Anwendung bei den großen Rechtskodifikationen, die als Beilagen den Abschieden mitgegeben wurden und solchermassen als integrale Bestandteile der Abschiede galten; vgl. dazu *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 67. – Die starke Stellung der Korporationen, die Boten in den Landrat delegieren durften, kommt auch darin zum Ausdruck, daß sich erst im 17. Jahrhundert, gewissermaßen außerhalb des hier interessierenden Zeitraums, das Mehrheitsprinzip durchsetzte. Ebd., 86. – Vgl. ergänzend die der Terminologie Liebeskinds verpflichtete, aber

und Gemeinden als dem höchsten Gewalt“ oder von einer Landratssitzung als „souverainische(r) Session“ sprechen²⁴.

Untergliedert war das Wallis in sieben *Zenden*. Vermutlich handelt es sich ursprünglich um Gerichts- und später Militärbezirke, denn die Zendenversammlungen scheinen aus dem „placitum“ hervorgegangen zu sein²⁵. Der gerichts- und militärorganisatorische Ausgangspunkt kommt etwa zum Ausdruck in einer Versammlung des Zenden Goms vom 30. Juni 1549, auf der beschlossen wurde, am Landrecht von 1446 festzuhalten und die Annahme von Pensionen für Kriegsdienste unter bestimmten Umständen zu verbieten²⁶. Der hier auf rechtliche und militärische Funktionen zugespitzte Kompetenzbereich der Zendenversammlung wird durch die Funktion der Zendenbehörden bestätigt: sie lagern sich um den Meier bzw. Kastlan, den Vorsitzenden im Gericht, und den Hauptmann als Führer des militärischen Aufgebots²⁷. Daß beide seit dem 14. Jahrhundert gewählt wurden – nach nicht unumstrittener Auffassung von einer Zendenversammlung²⁸ – zeigt, wie schwach die Stellung des bischöflichen Landesherrn geworden war. Daneben gab es einen Zendenrat, der sich aus Vertretern einzelner Korporationen innerhalb des Zenden (Viertel, Drittel, Gumper) zusammensetzte und zu festen Terminen sowie regelmäßig vor und nach den Landratssitzungen zusammentrat²⁹. Für die Bewertung der Zenden ist es wichtig zu wissen,

doch durch eine Präzisierung der Abschiede weiterführende Arbeit von *B. Truffer*, *Les Recès de la Diète valaisanne, source primordiale de l'histoire de notre pays du 16e au 18e siècle*, in: *Annales valaisannes* 57 (1982) 145–155.

²⁴ Die Belege bei *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 23. – Vgl. dazu grundlegend *G. Ghika*, *La fin de l'état corporatif en Valais et l'établissement de la souveraineté des dizains au XVIIème siècle* (Université de Genève. Faculté de droit No. 450, Sion 1947).

²⁵ *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 18 – Die Entstehungsgeschichte der Zenden ist im Wallis umstritten. Die mögliche etymologische Verwandtschaft des Wortes mit Zehnt und centena hat zu den unterschiedlichsten Ableitungen geführt, die in starkem Maße auch von der Mittelalterforschung insgesamt abhängig waren. Einen nützlichen Überblick über die einzelnen Forschungspositionen ebd., 18 f. – Die von mir vorgenommene Betonung der gerichtlichen und militärischen Funktionen des Zenden findet so in der Literatur keine Bestätigung. Aus allen sowohl in den verschiedenen Arbeiten *Carlens* wie in denen von *Liebeskind* beigebrachten eindeutigen Belegen scheint aber hervorzugehen, daß der Zenden als gerichtlich-militärische Einheit zu gelten hat. Alles andere scheint bis jetzt nicht hinreichend gesichert.

²⁶ *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 19. Die Zendenversammlung des Goms beschließt darüber hinaus, beim Glauben der römischen Kirche zu bleiben. Auch hier handelt es sich m. E. nicht um eine Frage, die außerhalb des „Rechtlichen“ liegt. Zur gerichtlichen Kompetenz gehörte eben auch das „ius pacificandi“, das in einer anhaltenden Konfliktsituation, wie es Glaubensfragen in der Regel waren, zum „ius iudicandi“ fortgeschrieben wurde. So bewertet etwa die jüngere Forschung die Glaubensentscheidung der Obrigkeit in Zürich 1523. Vgl. dazu *H. A. Oberman*, *Werden und Wertung der Reformation. Vom Wegestreit zum Glaubenskampf* (Tübingen 1977) 246 f.

²⁷ *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 19. – *D. Imesch*, *Der Zenden Brig bis 1798*, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 7 (1934) 103–124, hier bes. 144–147, 202 ff. Der häufige Rekurs auf die Zenden Goms und Brig erklärt sich aus der Tatsache, daß für sie die besten Untersuchungen vorliegen. – Insgesamt ist über die Funktion der Zenden wenig bekannt, weil es für die frühere Zeit keine Zendenratsabschiede gibt. Vgl. zur Quellsituation *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 26.

²⁸ *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 26. – Die wenigen vagen Belege sind zusammengestellt bei *P. Zurbriggen*, *Der Walliser Landrat im 17. Jahrhundert* (Lizentiats-Arbeit, Bern 1982) 8. [Die Arbeit ist zugänglich über das Historische Institut der Universität Bern.]

²⁹ *Carlen*, Goms (wie Anm. 20), 16–19. – Differierend *Imesch*, Brig (wie Anm. 27), 162 ff.

daß sie bereits im frühen 15. Jahrhundert – und das heißt lange bevor der Landrat eine wirklich politische Größe im Wallis darstellt – Bündnisse abschließen konnten, ohne jede Beteiligung des Bischofs oder seiner Vertreter³⁰.

Bleibt abschließend noch der Charakter der *Gemeinden* näher zu bestimmen. – 1361 werden die Walliser verpflichtet, als Kriegsentschädigung dem Grafen von Savoyen 13 000 fl zu zahlen. Zahlreiche Gemeinden, darunter Münster, Ernen und Zermatt, weigerten sich, ihre Anteile zu entrichten, weil sie an den Friedensverhandlungen nicht beteiligt worden waren. Als der Bischof nun gezwungenermaßen ins Oberwallis ritt, um die Steuer einzutreiben und seine beschädigte Autorität zu sichern, wurde er von den Bauern gefangengenommen, bis er sich bereitfand, den Anteil der betroffenen Gemeinden selbst zu bezahlen³¹ – das dauerte 11 Wochen. Die kleine Geschichte illustriert schön das Selbstbewußtsein der Gemeinde im 14. Jahrhundert³².

Der Communitas-Begriff begegnet im Wallis seit dem 13. Jahrhundert und gewinnt rasch an Boden. Gemeindeversammlungen und kollegialische Behörden unter dem Namen Prokuratoren (*procurjuren*, *syndici*, *custodes*, *gubernatores*) sind die institutionellen Ausprägungen der *communitates*, ihre Kompetenzen umfassen meist wirtschaftliche und polizeiliche Aufgaben, offensichtlich jedoch kaum juristische und militärische³³. Das ergibt sich aus den gemeindlich gewillkürten Dorfrechten. Spätestens im 15. Jahrhundert hat jede Gemeinde eine derartige Satzung – 47 Gemeinderechte sind allein für den Zenden Goms nachgewiesen, an deren Ausgestaltung keine herrschaftliche Instanz beteiligt ist. Inhaltlich beschreiben sie den weiten Bereich dessen,

³⁰ Vgl. *W. Schaufelberger*, Spätmittelalter, in: *Handbuch der Schweizer Geschichte*, 1. Bd. (Zürich 1972) 239–388, hier 289. – Eine Zusammenstellung der Bündnisse bietet *P. Arnold*, Bündnisse und Verträge der Walliser mit den Eidgenossen 1252–1815, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 14 (1865/66) 5–73, bes. 7–30. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Walliser Zenden auch Bündnisse mit Mailand und Savoyen abschlossen. – Die Beziehungen zur Eidgenossenschaft referiert breit *W. Oechslí*, Orte und Zugewandte. Eine Studie zur Geschichte des schweizerischen Bundesrechtes, in: *Jahrbuch für schweizerische Geschichte* 13 (1888) 1–497, bes. 13, 69–87, 286–310. Erst im 17. Jahrhundert wird offensichtlich die Zusammengehörigkeit der Zenden als so ausgeprägt angesehen – was durch den behördlichen Charakter des Landrats unterstrichen wird –, daß separate Verträge des einzelnen Zenden mit Auswärtigen nicht mehr geduldet werden. So heißt es etwa 1616: „Us gegenwürtigem oberkeitlichen Edikt und Satzung würd statuiert und beschlossen, daß nun fürthin kein Zenden ohn der übrigen Vorwissen und Willen mit keinem Fürsten, Herren, Potentaten einige Pündnus, Vertrag oder andere Verkommnus machen, weder ufrichten solle, diewyl wir ein Corpus sind ...“ Druck bei *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 16.

³¹ *L. Carlen*, Gericht und Gemeinde im Goms vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution (Arbeiten aus dem juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz 31, Freiburg/Schweiz 1967) 57.

³² Sie kommt auch zum Ausdruck in einer m. E. einzigartigen Pflege kommunaler Archive. Die kommunalen Bestände reichen vielfach bis ins 15. Jahrhundert zurück. Verwiesen sei auswahlweise nur auf einen Band des Walliser Urkundenbuches, der das belegen kann. *J. Gremaud* (Hrsg.), *Documents relatifs à l'histoire du Valais*, 7. Bd. (Lausanne 1898).

³³ *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 182–186. – *Imesch*, Brig (wie Anm. 27), 106–110. Für einen allgemeineren, vorläufigen Überblick vgl. *J. Bielander*, Die Bauernzünfte als Dorfrecht, in: *Blätter aus der Walliser Geschichte* 5 (1944) 509–588. – Auf einige wenige Ausnahmen weist *L. Carlen*, Dorfgerichte im Wallis, in: *Zeitschrift für Walliser Rechtsprechung* 1 (1969) 1–12, hin.

was im Wallis seit Jahrhunderten und noch heute „Gmeinwärc“, in der lateinischen Entsprechung „opus comune“, heißt³⁴. Der international anerkannte Volkskundler *Arnold Niederer* hat aufgrund eigener Beobachtungen und historischer Forschungen am Wallis einen Realtypus von Gemeinde rekonstruiert, der auf gemeinsamer Arbeit, gemeinsamer Beschlußfassung und gemeinsamem Fest aller Gemeindemitglieder fußt³⁵. Das komplizierte System der Bewässerung der Wiesen durch Ableitung der Gletscherbäche über Holz aquädukte entlang der Felsen, das Abernten der Gemeindeäcker, der Weinbau an Steilhängen, die Bestoßung der Alpen und die Unterhaltung der Wälder als Schutz gegen Lawinen konnten nur gemeinsam bewältigt werden³⁶. Noch heute gibt es Gemeinden, die an einem bestimmten Tag im März alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren aufbieten, um den Mist in die Rebberge zu führen³⁷, und noch vor wenigen Jahren leistete jeder Mann in der Gemeinde einen Tagwan (einen Fron- oder Dienstag), wenn ein Gemeindemitglied ein Haus baute³⁸. Genau diese Bereiche regeln die Gemeinderechte. Die anerkannte individuelle Bedürftigkeit führt zur gewünschten Nachbarschaft, und sie gibt dem Jahresablauf ihren Rhythmus. Der mittelalterliche Fronhof, die neuzeitliche Manufaktur und die Fabrik, sagt *Niederer*³⁹, sind die Entgegensetzungen zum Gemeinwerk. Und in der Tat läßt sich zeigen, daß erst die Auflösung adeliger Villikationen im Wallis durch das Aussterben der Dynastien oder den Freikauf seitens bäuerlicher Verbände das Gemeinwerk und damit die Gemeinde schafft⁴⁰. Begleitet wird dieser Vorgang von einer zunehmenden Ausbreitung des Erbrechts anstelle des älteren, der Villikation eigenen Hofrechts – und damit gelangt das Lehensverhältnis unter Landrecht⁴¹. Zuständig wird das „öffentliche“ Gericht, im

³⁴ *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 208.

³⁵ *A. Niederer*, Gemeinwerk im Wallis. Bäuerliche Gemeinschaftsarbeit in Vergangenheit und Gegenwart (Schriften der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde 37, Basel 1956).

³⁶ Ein anschauliches Beispiel noch aus den 1950er Jahren gibt *Niederer* mit der Aufzählung der Verpflichtungen eines Bergbauern in St. Niklaus im Vispatal pro Jahr: „Drei Tage Arbeit für die Alpgemeinschaft Jungen, einen Tag an der Höllenwasserleite, einen Tag für die Alp Unterbächji, zwei Tage an der Stockwasserleite, einen Tag an der Mattwasserleite, einen Tag an der Jungenwasserleite, einen halben Tag an der Feldwasserleite, einen Tag für die Brunnengeteilschaft, einen Tag auf dem Weg Tennjen – Höllenen.“ *Niederer*, Gemeinwerk (wie Anm. 35), 71.

³⁷ Ebd., 79f.

³⁸ Ebd., 36.

³⁹ Ebd., 12.

⁴⁰ *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 30 ff., 47 ff., 75 ff., beschreibt ausführlich den Ausverkauf der Grundherren, die schwächer werdenden grundherrlichen Gerichte und die Herausbildung besserer Besitz- und Leiheformen seitens der Bauern. Einen besonders ausgeprägten Typus stellen die „Freigerichte“ dar, die in der Regel durch Kauf seitens der Bauern entstanden und über Nieder-, oft auch Hochgerichtsbarkeit verfügten. Sie sind gewissermaßen die sinnfälligsten Beispiele für den Entkernungsprozeß adeliger Herrschaft. Vgl. *L. Carlen*, Freigerichte im Oberwallis, in: *F. Elsener – W. H. Ruoff* (Hrsg.), Festschrift Karl Siegfried Bader (Zürich 1965) 69–84.

⁴¹ Für die Ausbildung der Erbleihe im Wallis vgl. *Carlen*, Gemeinde im Goms (wie Anm. 31), 30. – Verwiesen sei auf völlig gleiche Beobachtungen in Tirol, wo mit der etwa gleichzeitigen Durchsetzung der Erbleihe die adelig-klösterliche Grundherrschaft weitestgehend verschwindet. Der Vorgang selbst ist für Mitteleuropa paradigmatisch beschrieben in der Arbeit von *H. Wopfner*, Beiträge zur Geschichte der freien bäuerlichen Erbleihe Deutschtirols im Mittelalter (Untersuchungen zur Deutschen Staats- und Rechtsgeschichte 67, Breslau 1903).

Falle des Wallis der Zenden. Das erklärt, weshalb die Kompetenzen zwischen *communitas* und Zenden so säuberlich geschieden sind⁴². Das erklärt aber auch, weshalb neben den *communitates* auch Viertel und Drittel als Unterteilungen des Zenden ihre Boten in den Landrat schicken. Dort wurde Zivilrecht und Strafrecht verhandelt, das Recht der Gemeinden und das Recht der Zenden⁴³.

In einer ersten Zwischenbilanz seien die zeitlichen Marken in der Walliser Geschichte vom Hochstift zur Republik nochmals benannt. Nachweislich erst im 13., verstärkt im 14. Jahrhundert entstehen *communitates* als Wirtschaftsgenossenschaften mit einer auf die Normierung wirtschaftlicher Fragen limitierten Zwangsgewalt. In dem Maße, wie sich die Landwirtschaft aus der grundherrschaftlichen Organisation löst, wachsen den Zenden weitere gerichtliche Kompetenzen zu, die mit den älteren gräflichen und vogteilichen Zuständigkeiten, erweitert um die militärorganisatorischen, verschmelzen. Die Wahl des Gerichtsvorsitzenden und des Hauptmanns seit dem 14. Jahrhundert deutet einen politischen Emanzipationsprozeß an, der im frühen 15. Jahrhundert im Abschluß von Bündnissen einzelner Zenden mit Auswärtigen seinen politischen und im eigenen Zendensiegel seinen symbolischen Ausdruck findet⁴⁴. Die wirtschaftliche und politische Autonomie auf kommunaler und regionaler Basis macht sich schließlich seit dem frühen 16. Jahrhundert im Landrat geltend, der zunächst dem Bischof die Wahlkapitulation diktiert und ihn 100 Jahre später auf *Apa*-*nage* setzt.

In etwa dasselbe erfolgt im *Hochstift Chur*. Der Transformationsprozeß von einem reichsfürstlichen Hochstift in eine Republik läßt sich grob mit den Eckdaten 1367 und 1524 eingrenzen.

Etwas Ähnliches wie der Walliser Landrat begegnet in Graubünden 1365 in einer vom Bischof einberufenen Versammlung von Vertretern des Domkapitels, des bischöflichen ministerialischen Adels und Vertretern der Gotteshausleute (wie die Untertanen des Bischofs hier heißen) aus der Stadt Chur und den Großgemeinden in den umliegenden Alpentälern (Domleschg, Schams, Oberhalbstein, Bergell, Oberengadin und Unterengadin)⁴⁵. Aus dieser eher landständischen Versammlung ging schließlich der Gotteshausbund hervor, der 1367 gestiftet wurde, in Abwesenheit des Bischofs,

⁴² Die Interpretation ergibt sich als Konsequenz aus dem Vergleich der obigen Ausführungen zu den Zenden. Sie wird in der Literatur nicht in dieser Schärfe gezogen.

⁴³ Folgt man dieser Interpretation, dann erübrigen sich die Klagen und Unklarheiten in der Literatur, wie einerseits die Vertretung von Vierteln und Dritteln etc. und andererseits die von *communitates* erklärt werden könnten. Auch löst sich damit die auf den ersten Blick irritierende Vielfalt sich personal überlagernder Korporationen. Derselbe Bauer konnte natürlich unter solchen historischen Voraussetzungen verschiedenen genossenschaftlichen Verbänden angehören, je nachdem ob sein Gerichtsstand, seine militärische Funktion oder seine wirtschaftliche Tätigkeit angesprochen waren.

⁴⁴ *Liebeskind*, Wallis (wie Anm. 1), 13 ff.

⁴⁵ *O. Clavuot*, Kurze Geschichte des Gotteshausbundes. Eine zusammenfassende Übersicht, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 529–558, hier 529–532.

der als Kanzler Kaiser Karls IV. häufig in Prag weilte⁴⁶: Kein Bistumsverwalter kann ohne des Gotteshausbundes Bestätigung sein Amt antreten, und hochstiftische Güter dürfen ohne dessen Zustimmung nicht veräußert werden, heißen die wichtigsten verabschiedeten Bestimmungen. Seitdem gewinnen die Boten der Gemeinden und Täler einen zunehmenden Einfluß auf die Verwaltung und die Politik im Hochstift. In den mehrfach ad hoc zusammengestellten Pflegschaften bei Abwesenheit oder Mißwirtschaft der Bischöfe scheidet zunächst die Ministerialität aus, das Domkapitel tritt stark in den Hintergrund⁴⁷. Anlässlich der „Gotteshaustage“, landtagsähnlichen Versammlungen, auf denen vornehmlich Steuern bewilligt und politische Fragen entschieden werden, gewinnen die Stadt Chur und die ländlichen Gemeinden im Verlauf des 15. Jahrhunderts den dominierenden Einfluß. Verfahrensrechtlich liegen die Verhältnisse ähnlich wie beim Walliser Landrat: Die Boten haben ein imperatives Mandat, die Beschlüsse des Bundes müssen, zumindest in wichtigeren Angelegenheiten, von den Gemeinden ratifiziert werden⁴⁸.

Die veränderten politischen Gewichte kommen 1524 verfassungsrechtlich zum Durchbruch. Der Gotteshausbund vereinigt sich mit dem benachbarten Zehngerichtebund und dem Grauen Bund – Graubünden als eigenständige politische Größe wird damit konstituiert⁴⁹. Es kann kaum verwundern, daß dem weitere Erosionen der bischöflichen Herrschaft folgten. 1526 wurden dem Bischof und dem Domkapitel die wichtigsten Herrschaftsrechte abgesprochen⁵⁰. Weil sich der im Exil lebende Bischof und das Domkapitel aber naturgemäß weigerten, einen solchen Beschluß zu ratifizieren, wurden die Restbestände von Herrschaftstiteln von den Gemeinden selbst – freilich um lächerliche Summen – abgelöst⁵¹. Es war nur folgerichtig, daß anlässlich der Neuwahl eines Bischofs 1541 der Gotteshausbund eine Wahlkapitulation aufsetzte, mit der sich der Bischof verpflichtete, die bestehenden Bünde und alle bisher getätigten Verkäufe an die Gemeinden anzuerkennen und alle Ämter nur mit Gotteshausleu-

⁴⁶ Zu den im Bundesbrief enthaltenen (hier nicht vollzählig aufgeführten) Bestimmungen vgl. *O. Clavuot*, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 529 f. – Zur Interpretation des rechtlichen Charakters, auch im Vergleich zu den weiteren, im Raum Graubünden bestehenden Bündnissen *E. Meyer-Marthaler*, Rechtsquellen und Rechtentwicklung im Gotteshausbund, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 91–128, hier 98 f.

⁴⁷ Solche als Räte oder Hauptmannschaften geführten Institutionen wurden im 14. Jahrhundert, dann 1439 und 1468 eingesetzt. Für die Zusammensetzung im einzelnen *Clavuot*, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 540–544 und *Meyer-Marthaler*, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 103.

⁴⁸ *Meyer-Marthaler*, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 107–115. – Das Verfahren setzt sich in den späteren Beratungen der drei Bünde fort. Vgl. dazu *P. Liver*, Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden, in: *Zeitschrift für Schweizerische Geschichte* 13 (1933) 206–248, hier 208.

⁴⁹ Den Text druckt *C. Jecklin* (Hrsg.), Urkunden zur Verfassungsgeschichte Graubündens, in: 13. Jahresbericht der historisch-antiquarischen Gesellschaft von Graubünden (Chur 1883) 83–89.

⁵⁰ Es handelt sich um den sogenannten Zweiten Ilanzer Artikelbrief der „Drei Bünde“; besonders zu verweisen ist auf Art. 1. Der Text bei *Jecklin*, Urkunden Graubündens (wie Anm. 49), 89–95.

⁵¹ Breit ausladend dargestellt von *O. Vasella*, Die bischöfliche Herrschaft in Graubünden und die Bauernartikel von 1526, in: *Zeitschrift für Schweizerische Geschichte* 22 (1942) 1–86, bes. 56–81.

ten zu besetzen⁵². Von einer Verlagerung der „Souveränitätsrechte ganz auf die Gesamtheit der Gemeinden des gemeinen Gotteshauses“⁵³ bzw. von einer „Demokratie“⁵⁴ wird seitdem in Hinsicht auf Graubünden in der Forschung gesprochen. Tendenziell ist der Sachverhalt damit begrifflich richtig wiedergegeben: Der Bischof traute sich nicht einmal mehr, das Konzil in Trient zu beschicken⁵⁵; die 48 Gemeinden übten die Gerichts- und Militärhoheit aus, und nur sie verfügten über finanzielle Mittel⁵⁶; ihre Stellung auch innerhalb der Bünde war so stark, daß sie selbst darüber abstimmten, ob ein Pater im Veltlin den Professorentitel führen dürfe⁵⁷. Das hat Jean Bodin veranlaßt, Graubünden zu den „am stärksten demokratisch geprägten Ländern“ zu rechnen, die freilich durch ihre Bereitschaft zu „seditions“ und ihrem Wunsch nach „pleine liberté“ nach seiner Ansicht an der Grenze zur Anarchie manövrierten⁵⁸.

Die Gemeinden Graubündens unterscheiden sich von jenen des Wallis nur unwesentlich. Eine Trennung der Kompetenzen wie im Wallis zwischen *communitates* und *Zenden* ist in Graubünden in der Weise gegeben, daß große Gerichtsgemeinden wie das Unterengadin in Terzen (ähnlich dem Walliser Drittel und Viertel) und Wirtschaftsgemeinden unterteilt sind⁵⁹. Der emanzipatorische Prozeß selbst ist erstaunlich ähnlich. Der Rückgang adeliger Herrschaft und der Vormarsch des Erbrechts schwächen die grundherrlichen und stärken die landesherrlichen Gerichte in den Tälern und Großgemeinden. Gezielte Freikäufe von einzelnen Gemeinden schmälern die persönlichen und dinglichen Bindungen an den Bischof⁶⁰. Soweit die Walser das Land erschließen, werden ihnen kommunale Autonomie zugesichert und die herrschaftlichen Bindungen auf die Vergabe des Landes zu Erbrecht beschränkt⁶¹. Die Rechtsent-

⁵² Genaueres Referat der Einzelbestimmungen bei *P. Liver*, Die Stellung des Gotteshausbundes in der bischöflichen Feudalherrschaft und im Freistaat Gemeiner Drei Bünde, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 129–183, hier 170f.

⁵³ *Meyer-Marthaler*, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 105.

⁵⁴ *P. Liver*, Vom Feudalismus zur Demokratie in den graubündnerischen Hinterrheintälern (Chur 1929).

⁵⁵ *P. Stadler*, Das Zeitalter der Gegenreformation, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, 1. Bd. (Zürich 1972) 612.

⁵⁶ Ebd., 612.

⁵⁷ *Liver*, Staatliche Entwicklung (wie Anm. 48), 208.

⁵⁸ *Jean Bodin*, Les six Livres de la République (Paris 1583) [Nachdruck Aalen 1961] 340: „les Seigneurs des trois ligues grises, qui sont les plus populaires, sont plus subiects aux seditions: comme les Ambassadeurs des Princes ont tousiours experimenté. Car le vray naturel du peuple, c'est d'auoir pleine liberté sans frein ny mors quelconque: & que tous estoient egaux en biens, en honneurs, en peines, en loyers: sans faire estat ny estime de la noblesse, ny de scauoir, ny de vertu quelconque.“

⁵⁹ Auf Einzelheiten einzugehen verbieten die zahlreichen regionalen Varianten und die je eigene Begrifflichkeit, die jede Detailbeschreibung notwendigerweise sehr weitläufig werden läßt. Vgl. als breite und die Zusammenhänge aufdeckende Beschreibung eines Einzelfalls (Unterengadin) *P. Liver*, Geschichtliche Einleitung, in: *A. Schorta* (Hrsg.), Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden, 1. Teil: Der Gotteshausbund, 2. Bd. Unterengadin (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen 15, Aarau 1981) 13–69, bes. 21, 45–49.

⁶⁰ *Liver*, Feudalismus (wie Anm. 54), 61, 82. – Interessant ist die Ablösung der Gemeinde Schams von ihrer alten Herrschaft beschrieben bei *Clavuot*, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 541.

⁶¹ Ebd., 534.

wicklung unter Heranziehung der Gerichtsgemeinden stärkte die Tendenz zur kommunalen Selbständigkeit⁶². Ein Beispiel: an der Hoch- und Niedergerichtsordnung des Unterengadin von 1519 sind drei Parteien gleichberechtigt beteiligt, der Bischof von Chur, Kaiser Maximilian als Landesfürst von Tirol und „alle(n) comneunern des under Engadeins“⁶³.

Kürzer und einprägsamer vielleicht ist es, den Beweis für den Autonomiezuwachs über die Siegelfähigkeit der Gemeinden zu führen – ein zweifellos brauchbares Indiz für rechtliche und politische Handlungsfähigkeit eines sozialen Verbandes. 1367 verfügen darüber nur drei Gemeinden im Land – Chur, das Oberengadin und das Bergell –, doch rasch dehnt sich im nächsten halben Jahrhundert die Siegelfähigkeit auf zahlreiche Gemeinden aus⁶⁴. Zeitlich parallel läuft dieser Entwicklung eine fleißige Bündnispolitik der Gemeinden mit Außenstehenden⁶⁵.

Aus dem Referierten springt die Parallelität zum Wallis in die Augen. Schmälerung der adeligen Grundherrschaft und Erweiterung der Kompetenzen in der Gerichtsorganisation konstituieren die Freiräume der Gemeinden, die sich durch Bündnisse nach außen weiter sichern. Erst nach diesem Konsolidierungsprozeß im lokalen Rahmen wird der Landesherr in seinem politischen und administrativen und judikativen Handlungsspielraum eingeschränkt und schließlich zur schieren Repräsentationsfigur verkürzt.

Mit dem Gesagten, das man ersatzweise auch an Oberitalien oder der Dauphiné hätte vorführen können, scheint einigermaßen plausibel der Satz begründet, der Kommunalismus sei eine dem Republikanismus vorgängige und ihn bedingende Erscheinung. Unterstrichen sei das an einem weiteren Beispiel – der Umwandlung einer Region in eine Republik, die allerdings dauerhaft nicht geglückt ist, aber vielleicht gerade ex negativo ihre Beweiskraft bezieht. Gemeint ist der nur wenige Jahre existierende *Bund ob dem Bodensee*.

1401 schlossen die Reichsstadt St. Gallen und 12 Gemeinden im benachbarten Appenzell ein auf sieben Jahre befristetes Bündnis⁶⁶ mit der Absicht des wechselseitigen

⁶² Meyer-Marthaler, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 125 f.

⁶³ A. Schorta, Rechtsquellen (wie Anm. 59) 600–618.

⁶⁴ Die Belege verstreut bei Clavuot, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 530, 541 und Meyer-Marthaler, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 104. – Erhellend für die Bedeutung des Siegels ist die Spezialstudie von C. Wieser, Das Oberengadin und die Entstehung des Gotteshausbundes, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund (Chur 1967) 184–204, bes. 186 ff.

⁶⁵ Meyer-Marthaler, Rechtsentwicklung (wie Anm. 46), 106, wo zahlreiche Beispiele aufgeführt sind. – Ergänzend auch Clavuot, Gotteshausbund (wie Anm. 45), 538–541. – Speziell für die Beziehungen zur Eidgenossenschaft vgl. Oechsli, Orte und Zugewandte (wie Anm. 30), 69–87, 404–433.

⁶⁶ H. Wartmann (Hrsg.), Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen, IV. Theil (Jahr 1360–1411) (St. Gallen 1899) 610–613 Nr. 2211. – Soweit nicht eigens Fußnoten ausgebracht sind, stützte ich mich für die hier äußerst knapp gehaltenen Ausführungen auf meine ältere Studie: Bäuerliche Rebellionen im Fürststift St. Gallen, in: P. Blickle, P. Bierbrauer, R. Blickle und C. Ulbrich, Auf- und Empörung? Studien zum bäuerlichen Widerstand im Alten Reich (München 1980) 215–295, bes. 217–227.

politischen, rechtlichen und kriegerischen Beistandes gegen jeden, der einen der Bündnispartner befehden, schätzen oder dessen Rechte schmälern wollte. Der Bund war eindeutig gegen das Reichskloster St. Gallen gerichtet, zu dessen Territorium das Appenzell gehörte, mindestens von seiten der ländlichen Gemeinden. Denn sie forderten ganz unbekümmert Freizügigkeit, Verbesserung des Erbrechts, Beteiligung bei der Einsetzung der Ammänner und Reduzierung der Vogtsteuer. Die Einsprüche des Abtes führten dazu, daß gerichtlich die Unrechtmäßigkeit dieses Bündnisses festgestellt wurde, und, als die Appenzeller Gemeinden sich diesem Urteilsspruch nicht fügten, die militärische Auseinandersetzung nicht zu vermeiden war. In zwei Schlachten wurden wohlgerüstete Heere der Verbündeten des St. Galler Abtes geschlagen, das der schwäbischen Reichsstädte und jenes des Herzogs von Österreich. Zwei Wochen nach dieser Schlacht erneuerten das Appenzell und die Stadt St. Gallen ihr Bündnis, dem nun rasch und begeistert städtische und ländliche Gemeinden beitraten. „Es war in den selben tagen ein louf in die puren komen“, berichtet eine Chronik, „dass sie alle Appenzeller wolent sin und wolt sich nieman gegen inen weren.“ Kaum drei Monate vergingen, bis der Bund den größten Teil Vorarlbergs umfaßte, nach Tirol, in den Thurgau und ins Allgäu ausgriff und als „Bund ob dem See“⁶⁷ die angemessene begriffliche Umschreibung fand⁶⁸. Dessen Struktur läßt sich mangels einschlägiger Quellen nur in Umrissen erkennen⁶⁹: Mindestens 14 Bundestage wurden zwischen 1405 und 1408 abgehalten, zu denen die zusammengeschlossenen ländlichen und städtischen Gemeinden in der Regel ihre Ammänner und Bürgermeister delegierten. In der Bundesversammlung galten Mehrheitsentscheidungen, offensichtlich aber vornehmlich dann, wenn steuerliche und militärische Fragen zu erledigen waren. Keinesfalls durften die Freiheiten und Privilegien der einzelnen Mitgliedsgemeinden betroffen werden, bei weiterreichenden (politischen) Beschlüssen scheint wohl das Hinter-sich-bringen üblich gewesen zu sein. Was die städtischen und ländlichen Kommunen administrativ-juridisch nicht selbst bewältigen konnten – schließlich operierte der Bund nach Vertreibung des Adels gewissermaßen in einem herrschaftlichen Vakuum –, war einem eigenen Bundesgericht übertragen, das somit wesentlich zur Beilegung von rechtlichen Differenzen zwischen den Bundesgliedern geschaffen worden war. Bei der ständigen Ausweitung des Bundes konnte es zu einer definitiven institutionellen Verfestigung allerdings schwerlich kommen. Angesichts der bedrohlichen Expansion des Bundes organisierte sich der oberdeutsche Adel endlich 1408 in der „Gesellschaft mit St. Jörgenschild“ und besiegte schließlich, mühsam genug, die Appenzeller.

Zweierlei ist an diesen Ereignissen bemerkenswert: die Aggressivität der Appenzeller und die rasche Ausbreitung des Bundes auf die umliegenden Regionen. Beides erklärt sich aus derselben Wurzel, der hohen politischen Autonomie der Gemeinden.

⁶⁷ Es ist anzunehmen, daß die Wortwahl in Anlehnung an die Bezeichnung „oberer Bund“ der Eidgenossen erfolgte.

⁶⁸ Die besten Darstellungen der Ereignisse geben *B. Bilgeri*, Der Bund ob dem See. Vorarlberg im Appenzellerkrieg (Stuttgart 1968) und *W. Schläpfer*, Die Appenzeller Freiheitskriege, in: Appenzeller Geschichte. Zur 450-Jahrfeier des Appenzellerbundes 1513–1963, hrsg. von den Regierungen der beiden Halbkantone Appenzell (Appenzell 1964) 121–226.

⁶⁹ Vgl. die umfangliche Zusammenstellung der verstreuten Belege bei *Bilgeri*, Bund (wie Anm. 68), 86–90.

Für das Appenzell läßt sich mühelos nachweisen, daß in den letzten 50 Jahren vor den kriegेरischen Auseinandersetzungen die Rechte der dortigen Gemeinden erkennbar wuchsen. Schon aus der Tatsache, daß noch in den 1370er Jahren⁷⁰ keine Gemeinde siegelfähig ist, um 1400⁷¹ aber alle größeren, belegt die Richtigkeit dieser Behauptung. 1341 und 1353 sind die letzten äbtischen Ministerialen als Ammänner in den Gemeinden nachgewiesen, sie werden abgelöst von einheimischen Geschlechtern⁷². 1377 schließen fünf Gemeinden im Appenzell (Appenzell, Hundwil, Urnäsch, Gais und Teufen) ein Bündnis mit dem schwäbischen Städtebund. Das führt zu einer klosterunabhängigen Institution, dem 13köpfigen Landsrat nämlich, der die steuerlichen und militärischen Verpflichtungen gegenüber dem Bund organisiert und von den Bauern des gesamten Landes, einer Vorform der späteren Landsgemeinde also, gewählt wird.

Doch weniger die Desintegration des Appenzells aus der klosterlichen Herrschaft steht hier zur Diskussion, sondern der Zusammenbruch der adeligen, klosterlichen, ja selbst der habsburgischen Herrschaft im östlichen Bodenseegebiet. Besieht man sich diesen Raum genauer, dann zeigt sich nämlich, daß man es hier überall mit ländlichen und städtischen Gemeinden zu tun hat – von Zürs und Lech am Arlberg bis nach Bregenz –, die ein hohes Maß an Autonomie besitzen. Das läßt sich im einzelnen wegen der Vielfalt der Erscheinungsformen hier nur schwer demonstrieren, aber jede für Vorarlberg, Tirol oder das Allgäu edierte ländliche Rechtsquelle⁷³ bestätigt, daß die Gemeinden hier kaum den Vergleich mit dem Wallis oder Graubünden scheuen müssen, wiewohl die stärkere Stellung des Adels und der Klöster und ihr größerer Rückhalt am Kaiser nicht zu bestreiten sind.

Was der Hinweis auf den Bund ob dem See zeigen sollte, ist die Labilität feudaler Ordnungen in Räumen ausgeprägter Gemeinden. Es bedurfte nur einer gestürzten

⁷⁰ *Wartmann*, Urkundenbuch Sanct Gallen (wie Anm. 66), 195 Nr. 1771. Die Corroboratio sagt deutlich, daß die klosterlichen Ammänner für die Gemeinden Appenzell, Hundwil, Urnäsch, Gais und Teufen siegeln, „won wir aigner insigel niht hatten“.

⁷¹ In einer Urkunde von 1401 haben „die lender, dörfer und gegninen Appacell, Huntwile, Trogen, Gossow und Herisow iekliches besunder ir aigen insigel offentlich gehenkt an disen brief“ und Appenzell und Gossau siegeln für die Sonderleute, für Gais, Wittenbach, Waldkirch und Bernhartzell. *H. Wartmann*, Urkundenbuch Sanct Gallen (wie Anm. 66), 610 Nr. 2211.

⁷² *Fischer*, Appenzell unter dem Kloster St. Gallen, in: *Appenzeller Geschichte* (wie Anm. 68), 119.

⁷³ Die Hinweise können nur ganz summarisch sein, sind aber doch wichtig, weil auf der These von der Autonomie kommunaler Verbände die Argumentation dieser Überlegungen ruht. Für Vorarlberg vgl. *K. H. Burmeister* (Hrsg.), *Vorarlberger Weistümer*, 1. Teil (Österreichische Weistümer 18, Wien 1973). – Zur Interpretation der Texte *K. H. Burmeister*, *Die Vorarlberger Landsbräuche und ihr Standort in der Weistumsforschung* (Rechtshistorische Arbeiten 5, Zürich 1970) mit meinen Korrekturen in: *Landschaften im Alten Reich. Die staatliche Funktion des gemeinen Mannes in Oberdeutschland* (München 1973) 293–314. – Für Tirol *I. v. Zingerle* – *K. Th. v. Inama-Sternegg* (Hrsg.), *Die Tirolischen Weistümer*, 3 Theile (Österreichische Weistümer 2–4, Wien 1875/80). – Für das Allgäu vgl. wegen fehlender Editionen (abgesehen von wenigen Stücken in der Grimm'schen Weistümersammlung) als Vorarbeit den von Renate Blickle und mir besorgten Band: *Schwaben von 1268 bis 1803* (Dokumente zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in Bayern II/4, München 1979) 63 ff. mit den dort verzeichneten Quellenbelegen.

Burg, um Dutzende von Gemeinden und Tausende von Bauern und Bürgern zu mobilisieren.

Dafür liefert das abschließende und vielleicht eindrucklichste Beweismittel der Bauernkrieg von 1525. Die zwischen März und Mai 1525 entstandenen „Christlichen Vereinigungen“ in Oberschwaben, im Elsaß, am Oberrhein und in Franken, die vorübergehend die fürstliche, adelige und geistliche Herrschaft ablösen, folgen in ihrem Aufbau einem durchaus gleichen Schema⁷⁴. Sie gründen auf einem Zusammenschluß ländlicher (meist dörflicher) und städtischer Gemeinden zu „Haufen“, bei denen es sich um zunächst paramilitärische Verbände handelt, die aber rasch in politische Funktionen hineinwachsen. Die Haufen ihrerseits schließen sich zu Bünden, eben den mehrheitlich sogenannten Christlichen Vereinigungen zusammen. Die Gemeinden wählen die Hauptleute und Räte der Haufen, die Haufen Oberste und Regenten des gesamten Bundes, die freilich, wie es im Elsaß heißt, „on Wissen des Haufens ... nichts handeln“ sollen⁷⁵. Es gibt also auch hier das Prinzip des Hinter-sich-bringens. Die kommunale Fundierung des Bauernkriegs ist schon den Zeitgenossen aufgefallen; in den Abschieden des Schwäbischen Bundes von 1524/25 ist wiederholt die Rede von einer Empörung der „gemeinden vnd vnderthanen“⁷⁶. Wichtig für den Charakter der durchaus auf die Zukunft hin entworfenen Christlichen Vereinigungen ist die Absicht, Landesordnungen oder, wie man besser sagen sollte, Verfassungen für diese neuen politischen Verbände zu schaffen, und zwar sollen zivilrechtliche und strafrechtliche Kodifikationen nach Maßgabe des Evangeliums und des göttlichen Rechts erfolgen. Was hier in Erscheinung tritt, ist die Form einer im fundamentalistischen Sinn christlichen Republik.

Gliedert man abschließend und zusammenfassend die Fakten und Daten nach zeitlichen, sachlichen und räumlichen Zusammengehörigkeiten, so ergibt sich ein doch vergleichsweise kohärentes Gesamtbild.

Zeitlich erstreckt sich der Umwandlungsprozeß kommunal hoch entwickelter Regionen zu Republiken auf die Epoche vom 14. bis 16. Jahrhundert, mit Ausläufern ins 17. Jahrhundert. In dem Maße, wie die Formen absoluter Herrschaft der Könige und Fürsten sich in Europa durchsetzen, wird das Entstehen neuer Republiken immer schwieriger. Vorgängig ist diesem Transformationsvorgang die Entstehung von Gemeinden, die ihre Existenz veränderten Wirtschafts- und Siedlungsformen verdanken, die durch den freiwilligen Rückzug oder die erzwungene Schwächung feudaler Struk-

⁷⁴ Die breitere Begründung dieser Interpretation der teils skizzenhaften, teils nur aus dem Ereignisablauf zu erschließenden Verfassungsvorstellungen habe ich am ausführlichsten gegeben in: *Die Revolution von 1525* (München, Wien 1981) 197–212.

⁷⁵ G. Franz (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte des Bauernkriegs* (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Freiherr vom Stein – Gedächtnisausgabe 2, Darmstadt 1963) 245. – Die Terminologie ist sehr uneinheitlich; die hier verwendete Vereinheitlichung dient nur dem leichteren Verständnis.

⁷⁶ Bayerische Staatsbibliothek, Handschriftenabteilung Cgm. 1935, fol. 277 [zu 1525]; ähnlich ebd., fol. 256 [zu 1524].

turen möglich werden. Alle städtischen und ländlichen Statutarrechte zeigen, daß die Organisation des wirtschaftlichen Bereichs Ausgangspunkt und Zentrum kommunaler Selbstverwaltung wird und bleibt. Die Kombination individuellen und kollektiven Handelns in Dorf und Stadt gibt dem „opus commune“ – sei es in der Bewirtschaftung der Allmende, der abgeernteten Flur, des Waldes, sei es in der Organisation der Verteidigung in der Stadt – einen hohen Stellenwert und sichert die Gleichheit aller an diesem opus commune Beteiligten. Es gibt die Individualität der hausgebundenen Wirtschaft, aber es gibt sie nur im kommunalen Verband. Zu der eigenverantworteten Arbeit tritt schließlich die Verfügung über den Ertrag der eigenen Arbeit. Es ist eine das Spätmittelalter prägende Entwicklung, daß sich anstelle des Hofrechts das Erbrecht durchsetzt⁷⁷. Das bedeutet freie Verfügungsgewalt über den Arbeitsertrag abzüglich fixierter steuerähnlicher Natural- oder Geldabgaben. Erbrecht heißt aber auch die zunehmende Lösung aus rechtlichen Bindungen an den Hof und den Transfer solcher Rechte an die – der Begriff sei nur zur Abgrenzung gebraucht – „öffentlichen“ Gerichte. Dies deswegen, weil mit dem Verzicht auf die Leihe von Jahr zu Jahr (Hofrecht) das Bauding als Gerichtstag der Hofgenossenschaft überflüssig wird und – wo es noch beibehalten wird – zum folkloristischen Spektakel verkommt. Je autonomer die Gemeinde wirtschaftet, um so eher verwandelt sie herrschaftliche Funktionsträger auch in Rechtspflege und Administration in kommunale. Soweit sich sehen läßt, sind immer zuerst die Vierer, Sechser, Zwölfer – die Räte also – via Wahl bestellt, dann die Gerichtsbeisitzer und zuletzt der Ammann, Vogt und Schultheiß. Jetzt werden Gemeinden bündnisfähig, untereinander und nach außen⁷⁸. Wo das stattfindet und das Netz solcher Kommunen eng geknüpft ist – anders gewendet, adelige und geistliche Herrschaft insularen Charakter gewinnt –, verdrängt die Republik schließlich die feudale Herrschaft, versucht es jedenfalls.

Sachlich bleiben die Beziehungen von Kommunalismus und Republikanismus eng. Zu betonen ist zunächst, daß Stadtgemeinde und Landgemeinde keine sich ausschließenden oder widersprechenden Größen darstellen. Ob im Wallis oder in Graubünden, ob im Bund ob dem See oder den Christlichen Vereinigungen des Bauernkriegs, immer haben Stadtgemeinden und Landgemeinden die gleichen politischen Rechte. Entscheidend freilich ist dies: es gibt – jedenfalls in dem in den Blick genommenen Raum – keine Republik, die nicht einem dichten Netz von autonomen oder teilautonomen Kommunen ihre Existenz verdankte. Dieser Zusammenhang bleibt erhalten im (meist imperativen) Mandat der nuntii, Boten, Räte, Gesandten und der Rückbin-

⁷⁷ Verwiesen sei statt vieler Einzelbelege auf *A. Haverkamp*, Zusammenfassung: „Herrschaft und Bauer“ – das „Sozialgebilde Grundherrschaft“, in: *H. Patze* (Hrsg.), *Die Grundherrschaft im späten Mittelalter II* (Vorträge und Forschungen 27, Sigmaringen 1983) 315–347, bes. 341. – Ergänzend wird man wohl hinzufügen müssen, daß die skizzierte Erscheinung im schwäbisch-alemanischen und bayerisch-österreichischen Rechtsbereich besonders ausgeprägt ist.

⁷⁸ Unter diesem Gesichtspunkt wären auch die Städtebünde nochmals zu behandeln, die jedenfalls in Schwaben gelegentlich wenigstens die Tendenz zeigen, mehr als nur Landfriedensbündnisse zu sein. Verwiesen sei im Rahmen dieser Studie zunächst auf die am Appenzell aufzeigbaren Verbindungen städtischer und ländlicher Gemeinden. Zur Problematisierung der stadtegeschichtlichen Forschung vgl. *K. Ruser* (Hrsg.), *Die Urkunden und Akten der oberdeutschen Städtebünde vom 13. Jahrhundert bis 1549*, 1. Bd. (Göttingen 1979) 14–21.

„dung aller vorbereitenden Entscheidungen in übergeordneten politischen Gremien welcher Art auch immer an die Zustimmung der Gemeinden auf dem Weg des „Hinter sich bringens“ oder „Referendums“.

Räumlich sind republikanische Herrschaftsformen auf Regionen beschränkt, in denen sich der Kommunalismus hat entwickeln können. Das ist im mitteleuropäischen Raum, von dem hier die Rede war, ein Gebiet, das sich zwischen dem Elsaß und Tirol, zwischen Franken und dem Wallis erstreckt. In der Terminologie der damaligen Zeit heißt das Oberdeutschland⁷⁹.

Zumindest nach Norden läßt sich mühelos mit dem Verweis auf die empirisch belegte geringe Bedeutung der Gemeinden oder die Aufrechterhaltung villikationsähnlicher Strukturen an der Saar, in Hessen und Sachsen⁸⁰ erklären, weshalb es hier nicht einmal versuchsweise zur republikanischen Bildung kommt.

Bislang war mit keinem Wort von der schweizerischen Eidgenossenschaft die Rede – mit Absicht. Der „eidgenössische Sonderweg“ ist zu bekannt, um noch auf großes Interesse zu stoßen. Schon Zedler meinte, daß „der Titul Republick der gesamten Eidgenossenschaft nicht übel zugelegt, und ihr unter der Zahl der übrigen Republicken der Rang gleich nach Venedig, als der ältern, gegeben wird“⁸¹. Umkreist man die Schweiz, stößt man auf vielfältige Ausbildungen, Vorformen und Versuche republikanischer Staatsbildungen, in deren Rahmen die Eidgenossenschaft nur den breiten hohen Rücken auf einem Kontinent bildet, der nach den Gezeiten der europäischen Geschichte aus dem Ozean adeliger, fürstlicher und königlicher Herrschaft unterschiedlich weit herausragt.

„Tout gouvernement légitime est républicain“⁸², hat *Jean Jacques Rousseau* gesagt.

⁷⁹ Einige vorläufige Belege sollen das stützen. Bei *J. Ch. Adelung*, Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart mit beständiger Vergleichung der übrigen Mundarten, besonders aber der Oberdeutschen, 3. Bd. (Leipzig 1798) Sp. 559 [identisch mit der Formulierung in der Auflage von 1777] heißt es, Oberdeutschland sei „der obere oder höhere, d. i. näher nach dem Gebirge zu gelegene südliche Theil Deutschlands, welcher in dem Deutschen Staatsrechte auch die Lande des Schwäbischen Rechtes genannt wird; im Gegensatze Nieder-Deutschlandes, wozu in diesem Verstande auch Ober-Sachsen gehöret“. – Nicht selten wird als charakterisierend für Oberdeutschland die Existenz der Schweiz, der „Obertutscheit Eidgnosschaft“ hervorgehoben. Vgl. dazu Schweizerisches Idiotikon, 13. Bd. (Frauenfeld 1973) Sp. 2206 [Belege aus dem 15. Jahrhundert]. – Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm, bearb. v. M. Heyne, 4. Bd., 2. Teil (Leipzig 1877) Sp. 1609 f. bringt Belege aus dem 16. Jahrhundert, die Oberdeutschland mit Schwaben, Schweiz und Bayern gleichsetzen.

⁸⁰ *I. Eder*, Die saarländischen Weistümer – Dokumente der Territorialpolitik (Veröffentlichungen der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung 8, Saarbrücken 1978). – *H. Reyer*, Die Dorfgemeinde im nördlichen Hessen. Untersuchungen zur hessischen Dorfverfassung im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit (Schriften des Hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde 38, Marburg 1983). – *K. Blaschke*, Grundzüge und Probleme einer sächsischen Agrarverfassungsgeschichte, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, germanistische Abteilung 82 (1965) 223–287, bes. 233 ff., 245 ff., 272 ff.

⁸¹ [Zedler] Großes, vollständiges Universal-Lexicon, 36. Bd. (Leipzig-Halle 1743) Sp. 366.

⁸² *J.-J. Rousseau*, Du contrat social 2. 6, in: *ders.*, Oeuvres complètes (Bibliothèque de la Pléiade, Paris 1964) 380. [Die deutsche Fassung der Zitate nach der Übersetzung von *Ludwig Schmidt*, in: *J.-J. Rousseau*, Politische Schriften 1 (Paderborn 1977).]

Nur in der Republik sichert der Mensch seine Freiheit, und zwar weil „das Wesen des politischen Körpers auf der Übereinkunft von Gehorsam und Freiheit beruht und die Wörter Untertan und Souverän identische Wechselbegriffe sind“⁸³. „Die Souveränität kann“, sagt Rousseau an anderer Stelle, „aus dem gleichen Grund nicht vertreten werden, wie sie nicht veräußert werden kann. Sie besteht im wesentlichen aus dem Gemeinwillen, und der Wille läßt sich nicht vertreten: entweder ist er er selbst oder er ist es nicht. Dazwischen gibt es nichts. Abgeordnete des Volkes sind und können nicht seine Stellvertreter sein, sie sind nur seine Beauftragten. Sie können nicht endgültig beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht selbst bestätigt hat, ist null und nichtig: es ist kein Gesetz“⁸⁴. Das ist die Theorie zur Praxis im Wallis, in Graubünden, in Appenzell und natürlich auch jener der Innerschweizer Waldstätte. Insofern der Rousseau'sche Satz „tout gouvernement légitime est républicain“ bekanntermaßen für die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts wegweisend geworden ist, gibt es eine – wenn auch durch viele Friktionen bis zur Unkenntlichkeit entstellte – Kontinuität vom Kommunalismus des Spätmittelalters in die Demokratie der Moderne.

⁸³ Ebd., 3. 13, 427.

⁸⁴ Ebd., 3. 15, 429f.